

NGOs: Hoffnungsträger und Blockadenetzwerke ?

Reinhard Rode

Für die Tagung der DGAP am 18.1.2001 in Berlin, erscheint im Tagungsband

Bis Mitte der neunziger Jahre agierten Globalisierungsgegner wie Traditionsprotektionisten, d. h. vor allem lokalistisch und wirtschaftsnationalistisch nach dem Muster vieler Gewerkschaften und vor allem der Verteidiger alter Sozialstaatsmodelle. Eine neue Welle von aktionistischen internationalen Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs)¹ nahm seit Anfang der neunziger Jahre die globalistische Herausforderung an und forderte die westlichen weltwirtschaftlichen Regierungsnetzwerke direkt und öffentlichkeitswirksam heraus. Nach Angaben der Union of International Associations wuchs deren Zahl zwischen 1990 und 1999 von ca. 5 000 auf über 26 000 internationale NGOs an. Auch wenn das nur weiche Daten sein können, dieses Wachstum war beträchtlich und ist erklärungsbedürftig. Der Schwerpunkt der NGOs dürfte in der OECD-Welt liegen. In den USA wiederum dürften die meisten internationalen NGOs beheimatet sein. Unklar ist, ob der Wachstumstrend anhalten wird, oder ob nach einem Zenit wieder mit einer schrumpfenden Zahl zu rechnen sein wird. NGOs könnten sehr wohl Zyklen unterliegen, wie sie bei sozialen Bewegungen üblich sind.

Konferenzen der WTO, der Weltbank und des IWF wurden zusehends die Ziele öffentlichkeitswirksamer Aktionen von heterogenen NGO-Bündnissen, bei denen sich Ängste vor einer liberalen Globalisierung manifestierten.² Dem Selbstverständnis nach agierte dabei die globale Zivilgesellschaft gegen nicht demokratisch legitimierte westlichen Intergouvernementalismus. Die selbsternannten Weltdemokraten in den NGOs waren aber ihrerseits eine Avantgarde mit zweifelhafter Legitimation. Sie wollten auch für die sprachlose Zivilgesellschaft in den Diktaturen der armen Nicht-OECD-Welt agieren. Dabei wurden aber eher die post-materiellen Werthaltungen unzufriedener Systemkritiker in den Industriestaaten propagiert als neue Entwicklungsstrategien formuliert. Wirtschaftsfremde Attitüden waren im Forderungskatalog dominant. Andererseits übertreffen aber die Hilfeleistungen durch NGOs in den Bereichen Entwicklung, Katastrophen und Menschenrechte schon die des gesamten UN-Systems.³

So diffus diese neuen transnationalen Netzwerke der NGOs auch sein mögen, sie sind Indikatoren von Entgrenzung und Denationalisierung. Der lange ungestörte Intergouvernementalismus hat Gegner auf den Plan gerufen, die sich schnell der neuen Medien virtuos zu bedienen lernten. Internetgesteuerte Kampagnen zeigten die Grenzen des Intergouvernementalismus, der sich mit einem umständlichen alten diplomatischen Instrumentarium auf Großkonferenzen abmühte, die sich als Kampagnenobjekte vorzüglich eigneten. Kampagnefähigkeit, um den Intergouvernementalismus herauszufordern, streut allerdings zwar Sand in ein altes Getriebe, hilft aber nicht unbedingt bei der Reform. NGOs haben bewiesen, daß Sie heterogene Großbündnisse organisieren können, ob sie auch eine positive Rolle bei Verbesserungen spielen können, hat sich erst noch zu erweisen.

Die abnehmende Rolle der Nationalstaaten und der Verlust an Regierungs- und Steuerrücklagenkapazität ist eine zentrale Begleiterscheinung von Globalisierung und Regionalisierung.

¹ Thomas Carothers, Civil Society, in: *Foreign Affairs* 117, 1999-2000, S. 18-29 u. Wolfgang Reinicke, The Other World Wide Web: Global Public Policy Networks, in: ebd. S. 44-57; Thorsten Brenner/Wolfgang Reinicke, Politik im globalen Netz, in: *Internationale Politik* 54, 1999, 8, S. 25-32

² The non-governmental order, in: *The Economist* 11.12.1999, S. 18 f.

³ Ebd. S. 19

Das Ende des Nationalstaats, seine Auflösung, ist nicht in Sicht, aber seine Aushöhlung. Ob er je in Reinkultur alle Kriterien des Westfälischen Systems erfüllt hat, mag dahingestellt bleiben, die Auflösung seiner „harten Schale“, also seiner Grenzen, hatte John Herz schon in den fünfziger Jahren festgestellt.⁴ Mittlerweile wird von seiner „Aufhebung“ in vielschichtigen Netzwerken des globalen Regierens gesprochen.⁵ Die Handlungsfähigkeit des Nationalstaats wird also zur Disposition gestellt. Am weitesten geht dabei die Ökonomisierungsthese, die ein Ende der Politik verstanden als Handlungsfähigkeit vorhersagt. Der Terror der Ökonomie führe insbesondere zu einem Ende der wohlfahrtsstaatlichen Steuerungsmöglichkeiten. Ein Autonomieverlust der Regierungen wird im Rahmen dieser Hypothese durchgängig angenommen, der Wettlauf nach unten durch einen nationalen Wettbewerbsstaat von Neoliberalen begrüßt und von Neomarxisten kritisiert.

Die Politisierungsthese erwartet von der Globalisierung hingegen eine Renaissance der Politik. Der Neubeginn wird aber nicht auf nationaler, sondern auf lokaler und regionaler Ebene erwartet. Der Relevanzverlust der nationalen Ebene gilt vielfach als ausgemacht. Empirische Studien erweisen die allzu schnellen progressiven antietatistischen Annahmen hingegen als voreilig und finden eine solide Persistenz nationaler politischer Handlungsspielräume. Die zentralen Verteilungsleistungen werden nach wie vor national erbracht. Dabei bleiben erhebliche Varianzen bestehen, die allerdings verstärkt unter Kosteneffizienzdruck geraten. Ob der von außen kommt, oder doch nach wie vor mehr von innen, ist ungeklärt. Der Globalisierungsdruck scheint demnach viel geringer als im aufgeregten Diskurs herbeigeschrieben. Finanzmärkten und Telekommunikation wird eher Ausnahme- als Regelcharakter zugeschrieben. Zudem erfordere gerade die Globalisierung und die Zunahme an transnational operierenden Akteuren wieder stärkere staatliche, regionale und internationale Regulierung.⁶

Letzteres unterstreicht den Bedarf für globale Regierungsleistungen (*governance*). Da es keine Weltregierung gibt, ja selbst eine solche Vision noch auf absehbare Zeit Phantasterei wäre, ist das Regieren ohne Regierung (*governance without government*) in multiplen Netzwerken bereits Praxis. Eine Regierung besitzt formale Autorität und kann Werte autoritativ zuteilen. Regieren ohne Regierung stellt ein Regelsystem dar, das sich auf Zustimmung und Akzeptanz gründet.⁷ Governance ist zielorientiert und stellt damit mehr als nur statische Ordnungspolitik dar. Das Regieren im Netzwerk der OECD-Welt zielt auf eine liberale Weltordnung, ist also exemplarisch liberales Weltregieren. Im Zentrum des OECD Wertekanons stehen Demokratie, individuelle Menschenrechte und Marktwirtschaft. Marktwirtschaft im Zeichen der Globalisierung gründet auf der Freiheit des Verkehrs für Waren, Dienstleistungen und Kapital. Da sich Märkte national, regional und global nicht hinreichend selbst stabil steuern können, gibt es Ordnungs-, sprich Regulierungsbedarf. Das Ausmaß und die konkreten Konzepte und Regeln sind verhandelbar, Nullregulierung ist selbst theoretisch schwer begründbar. Die Annahme sich selbst optimal regulierender Märkte ist allerdings ein unausrottbarer wirtschaftswissenschaftlicher Lehrbuchmythos. Wie national und regional auch kann global gut und schlecht regiert werden. Gutes Regieren läßt sich an Wachstum, Stabilität und

⁴ John Herz, Aufstieg und Niedergang des Territorialstaats, in: *ders.*, Staatenwelt und Weltpolitik, Hamburg 1974, S. 63 ff. und Rückblick auf den Territorialstaat. Betrachtungen über die Zukunft des Nationalstaats, ebd., S. 123 ff.

⁵ Edgar Grande/Thomas Risse, Bridging the Gap. Konzeptionelle Anforderungen an die politikwissenschaftliche Analyse von Globalisierungsprozessen, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 7, 200, 2, S. 235 ff.

⁶ Ebd., S. 239 ff.

⁷ Ernst-Otto Czempiel/James Rosenau, *Governance without Government: order and change in world politics*, Cambridge University Press 1992, S. 4 f.; Paul Hirst/Grahame Thompson, *Globalization in Question: The International Economy and the Possibilities of Governance*, Cambridge 1996; Wolfgang Reinicke, *Global public policy: governing without government?* Washington D. C. 1998

Wohlstand messen, schlechtes Regieren an negativem wirtschaftlichen Niedergang, Krisen und Wohlstandsminderung.

Da mit der Weltwirtschaftskrise zwischen beiden Weltkriegen ein negatives Beispiel durch protektionistische Alleingänge, Nichtregieren und Kooperationsverweigerung gegeben worden ist,⁸ suchten die USA in der Nachkriegsordnung die Wiederholung dieses Katastrophenszenarios von Anfang an durch ein Ordnungssystem zu verhindern. Anfänglich war es ein rein hegemoniales Ordnungssystem der USA. Ihr Weltregieren bestand im Oktroy der Ordnung und in der Durchsetzung der Regeln mit dem System von Bretton Woods.⁹ Es war eine wohlwollende Hegemonie, die sich auf Zustimmung der Mitspieler gründete. Mit dem Wiederaufstieg von Westeuropa und Japan entwickelte sich dieses System in eine posthegemoniale Ordnung, die keine Einzelführung mehr zuließ. Eine hegemoniale Staatengruppe regierte die OECD-Welt. Mit dem Aufkommen wirtschaftlicher Großakteure, den transnationalen Unternehmen und Banken und NGOs entwickelte sich die komplizierte Staatenhegemonie zu einem Regierungsnetzwerk aus Staaten, internationalen Institutionen und transnationalen gesellschaftlichen Akteuren.

Weltregieren im Netzwerk ist ein zweitbestes Verfahren mit zweitbesten Akteuren, nämlich denen der realen Welt. Optimale Verfahren und Lösungen können dabei kaum gefunden werden. Sie wären für die reale Welt nur als Konstrukte spielerisch herstellbar. Die Wirtschaftswelt braucht keine große Vision. Sie muß nur funktionieren, indem sich Märkte und politische Ordnungen so ergänzen, daß Krisen bewältigt werden und die Marktakteure ihren Geschäften nachgehen können. Idealistischen Weltverbesserern unter den gesellschaftlichen Akteuren sind Märkte deshalb auch häufig generell suspekt, weil sie effiziente Allokation ohne gerechte Verteilungsleistungen generieren. Die Politik muß deshalb nachbessern. Sie kann dies aber in der Regel nur auf wenig effiziente Weise bewerkstelligen. Politisch abgeleitete Gerechtigkeitsstandards sind weitgehend arbiträr. Mehr als grobe Akzeptanzkriterien für die Erfolgsmessung stehen nicht zur Verfügung. Hinzu kommt das unumgängliche Selbstporträt der Politik als unbedingt erfolgreich im Interesse der erforderlichen Zustimmung. Politik neigt demnach ihre eigenen Mythen zu schaffen.

Das gilt für den Nationalstaat, gilt aber auch für NGOs und internationale Institutionen, besonders die im UN-System. Letzteres ist leider überaus ineffizient in seinen Verfahren, seinen Ergebnissen und vor allem bei der Ressourcenverwendung. Die westlich dominierten Regime der Bretton Woods Familie sind jedenfalls weit besser als das UNO-Kernsystem. Die UN-Reformdebatte ist fest etabliert, und die angelsächsische instrumentelle Einschätzung der UN-Familie ist nur allzu berechtigt. In Deutschland dominiert hingegen eine tief verwurzelte rein idealistische Sicht internationaler Organisationen in Politik und Wissenschaft. Die historisch nachvollziehbare Skepsis gegenüber dem Nationalstaat hat hier einen internationalistischen Ersatzmythos mit Heilserwartungssehnsucht gefunden. Die einfachsten Erkenntnisse der Organisationssoziologie lassen hingegen Ineffizienzen in internationalen Großorganisationen mit über 150 Staaten als Mitgliedern, darunter eine Mehrheit mit hohen Korruptionswerten,¹⁰ als wenig überraschend erscheinen. Das Gegenteil käme einem Wunder gleich.

Deshalb ist die Leistungsfähigkeit internationaler Institutionen hierzulande auch eine große Forschungslücke. Die Frage nach dem Weltwirtschaftsregieren im Netzwerk muß sich folglich davor hüten, die Leistung der westlichen Staaten und Regierungen aus normativ-idealistischen Beweggründen unterzubewerten. Diese ziehen als alte Akteure zurecht viel Kritik auf sich, genügen aber den Kriterien Legitimität und Transparenz oft noch mehr, als ihre

⁸ Charles P. *Kindleberger*, *Die Weltwirtschaftskrise*, dtv, München 1993

⁹ Robert O. *Keohane*, *After Hegemony. Cooperation and Discord in the World Political Economy*, Princeton University Press 1984, S. 141 ff.

¹⁰ Vgl. den corruption index von transparency international, www.transparency.de

Kritiker einräumen. Die neuen Akteure haben den Vorteil, Hoffnungsträger zu sein. Dazu gehört, daß sich selbst überschätzen und auch überschätzt werden. Die empirische Analyse hat sie aber wie die alten Akteure auch auf ihren Leistungsstand zu befragen und ihre Mythen zu entzaubern. Der Reiz der Neuheit bei der NGO-Forschung und ihre Rolle als Hoffnungsträger ist in der Literatur schon hinterfragt worden. In der Empirie sind die NGOs eher als Störfaktoren gegen Liberalisierungspolitik in der WTO, der Weltbank und dem IWF in Erscheinung getreten. Ihre funktional positive Rolle muß erst aufgearbeitet werden. Die Differenz zu transnationalen Akteuren der Wirtschaft ist vordergründig mit der idealistischen non-profit-Orientierung der NGOs klar. Spannend ist die Dialektik zwischen Anti-Globalisierungspositionen bei gleichzeitiger Nutzung der medialen Globalisierung. NGOs sind also Kinder der Globalisierung, die gegen die Elternschaft antreten.

Alte Akteure wie die internationale Gewerkschaftsbewegung sind passabel dokumentiert, die tatsächliche Relevanz ihrer transnationalen Aktivitäten über die gewöhnlich internationalistische Rhetorik hinaus ist kaum untersucht worden. Dies gilt erst recht für die neuen NGOs, von denen nur die schon lang etablierten wie Amnesty International und Greenpeace begleitend untersucht wurden. Die neuen NGOs mit wirtschaftlichem Fokus, die sich bei den Tagungen der WTO in Seattle und des IWF in Prag profiliert haben, sind noch weitgehend analytische tabula rasa. Pionierarbeiten haben immerhin die Bewertungsprobleme aufgezeigt.¹¹ Neben der Sicht neuer NGOs als Hoffnungsträger steht die kritische Sicht, diese seien lediglich blockadefähig, letztlich aber problemlösungs- und regierungsunfähig, ferner ohne hinreichende Legitimation. Unbestreitbar sind sie transnationale gesellschaftliche Akteure mit angewachsenen Aufmerksamkeitsgraden. Eine Forschungslücke, die es zu füllen gibt, bieten sie auch. Dabei ist noch offen, ob NGOs tatsächlich ein Forschungsthema sui generis bleiben oder nur ein Teil einer aufblühenden transnationalen Verbändeforschung sein werden.

Die gesellschaftlichen Marktakteure insbesondere TNKs und TNBs sind den politischen non-profit-NGOs bislang an Ressourcen weit überlegen und werden deshalb von Regierungen und Regierungsinstitutionen in der Regel als Koalitionspartner vorgezogen. Die politischen NGOs haben ihre Hauptstütze in Expertennetzen (*epistemic communities*) und in einer medial erzeugten Weltöffentlichkeit, die es erforderlich machen, sie in agierende Regierungskoalitionen einzubinden, weil sie sonst als Bremser und Störer Governanceleistungen die Akzeptanz entziehen und damit eine nachhaltige Wirkung verhindern können. In der Gesellschaftswelt sind intergouvernementale Arrangements alleine nicht mehr wirksam. Die Annahme, dass es bereits ein Governancenetzwerk gäbe, das die Gesellschaften und damit auch die NGOs einschliesse, besitzt noch weitgehend idealtypischen Charakter.¹²

Politische NGOs erzielen nur in Fällen hoher Mobilisierung weltöffentlicher Aufmerksamkeit Handlungsfreiheit, der sich die Regierungen temporär beugen. Solchen weltpolitischen gesellschaftlichen Erfolgen kommt evtl. nur ad hoc-Charakter zu, weil NGOs instabil und volatil sind und nur in Wellen mobilisieren können. Den politischen NGOs fehlt die Legitimationsbasis für nachhaltigen Einfluß, sie haben einen außerparlamentarischen gesellschaftlichen Lobby-Charakter und sind häufig Einzweckbewegungen. Sie sind womöglich in der Profilierung durch Kampagnen gegen Regierungen und TNKs negativ stärker als positiv bei Beiträgen zu wirksamen Governanceleistungen.

¹¹ Wolfgang Reinicke, The Other World Wide Web: Global Public Policy Networks, in: *Foreign Policy* 117, Winter 1999/2000, S. 44-57; Andreas Nölke, Regieren in transnationalen Politiknetzwerken?, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 7, 2000, 2, S. 331-358

¹² Zu drei verschiedenen Modellen des Weltwirtschaftsregierens vgl. Reinhard Rode, Weltregieren durch internationale Wirtschaftsorganisationen, i. E. , S. 12 ff.

Beispiel WTO in Seattle

Nach der von Teilen der Wirtschaftspresse wie z. B. der *Financial Times* und dem *Economist* kolportierten These wurde das Fiasko in Seattle im Dezember 1999 nicht durch die üblichen Konstellationen zwischen den alten Akteuren der Welthandelspolitik, sondern von Aktionen der NGOs ausgelöst. Ein buntes Bündnis von NGOs demonstrierte danach auf den Straßen von Seattle und im Internet seine Blockademacht im Netzwerk. Die alten Akteure reagierten eher hilflos auf die Herausforderung einer neuen Koalition aus alten Gewerkschaften und neuen Umweltschützern, Verbraucherorganisationen, Entwicklungs- und Menschenrechtsaktivisten. Hinzu kamen die reisenden Unruhestifter aus Spaß. Bislang hatten Gewerkschaften und Umweltschützer von Regierungen meist gegeneinander ausgespielt werden können.

Für die Aktionen in Seattle hatten sich an die 1500 NGOs einer Anti-WTO-Protesterklärung angeschlossen, die von *Public Citizen*, einer amerikanischen Verbraucherorganisation, ins Netz gestellt worden war. Die Protestorganisatoren räumten selbst ein, daß sie ohne die neue Medien wie Internet und e-mail kaum einen derartigen Kampagneerfolg hätten erzielen können. Experten der RAND Corporation prägten für dieses neue Phänomen von amorphen NGO-Gruppen, die online vernetzt sind, den Begriff des NGO-Schwarms. Ohne zentrale Führung oder Kommandostruktur seien vielköpfige NGO-Schwärme praktisch nicht zu enthaupten. Sie könnten ihre ausgewählten Opfer wie die z. B. die WTO-Tagung in Seattle, zu Tode stechen. Angesichts des wirkungsvollen Überraschungseffekts auf den Straßen von Seattle war dem Gastgeber, Präsident Clinton, nichts Besseres eingefallen, als sich durch verständnisvolle Worte bei den NGOs anzubiedern.¹³ Die These von den NGOs als Verursacher des Fiaskos von Seattle dürfte freilich überzogen sein. Die führenden Staaten in der WTO waren nämlich ohne gemeinsame Plattform nach Seattle gegangen. Den Mangel an Konsens im Lager der Regierungen konnten die NGOs dann erfolgreich ausschlichten, und die Presse zog die journalistisch spektakulärere These, die NGOs hätten eine Regierungskonferenz verhindert, vor. Plausibler ist es anzunehmen, dass die NGOs Chancen zum Chaos genutzt hatten und die Ereignisse dann ihre eigene Dynamik entwickelten.

Da die WTO am ehesten einem Modell der locker-vernetzten Weltwirtschaftsregierung entspricht, dürfte sie keinen ruhigen Zeiten entgegen gehen. Der Preis der locker vernetzten liberalen Governance ist hoch, weil er permanent neue Koalitionsbildungen erforderlich macht. Das atlantische Führungsduo ist durch den NGO-Boom von innen geschwächt worden. Der quantitative und qualitative Schwerpunkt der NGOs liegt in den USA. Die Globalisierungs- und Liberalisierungsgegner haben dadurch Aufwind erhalten. Die ersten drei Ministerialkonferenzen haben jedenfalls keine Weiterentwicklung der Governancefähigkeiten der WTO bewirkt. Die beiden Konferenzen in Singapur im Dezember 1996 und in Genf im Mai 1998 zeigten weitgehend bloße Routine. Die berühmte Konferenz in Seattle vom 30.11. bis 3.12.1999 hingegen kann bestenfalls als Liberalisierungsstillstand angesichts der Blockade durch die NGOs gewertet werden.

Ein Neustart nach dem Scheitern in Seattle¹⁴ bedürfte einer neuen atlantischen Liberalisierungsinitiative. Bestenfalls könnte Seattle als bittere Lehre wirken. Dort sind die Schwächen der Governance durch Ministerialkonferenzen deutlich geworden. Dürftige Vorbereitung, schlechte Organisation und Dissens zwischen den Hauptakteuren boten den NGOs ein ideales Forum für Kampagnen. Riesenministerkonferenzen neigen unweigerlich zum Diplomatenzirkus mit Mediengetöse. Das bietet dann optimale Chancen für die Inszenierung von NGO-Strassenzirkus mit noch mehr Mediengetöse. Die Medien senden dann mit Verve Bilder

¹³ Der Begriff „NGO swarm“ stammt von den RAND-Forschern David Ronfeldt und John Arquilla, in: *The Economist* a.a.O. (Anm. 2), S. 18 f.; dagegen O'Connor in: *Prokla* 118

¹⁴ Pascal Lamy, Neustart nach Seattle. Europa sucht eine Führungsrolle in der WTO, in: *Internationale Politik* 55, 2000, 4, S. 19-26

von Krawallszenen, bei denen aufgebrauchte Mittelschichtkinder, die sich lebensgeschichtlich vorübergehend mit heiligem Zorn der Erdrettung verschrieben haben, ihre Freiheit zur Sachbeschädigung demonstrieren, dies natürlich möglichst ohne Schadenersatzverpflichtung. Aus dieser unseligen Verknüpfung vermöchte eine arbeitsfähige atlantische Gruppenhegemonie herauszuhelfen.

Ministerkonferenzen eignen sich nicht zum Führen, sondern nur zum Absegnen vorher ausgehandelter Pakete. Beim Aushandeln eines neuen Liberalisierungspakets müßte die Gruppenhierarchie im Netzwerk wirksam tätig und deutlich werden. Mitwirkung der gesellschaftlichen Akteure wäre dabei unerläßlich. Die Liberalisierer stehen dabei vor der Aufgabe sich im Netz neu formieren und die Gegner neutralisieren zu müssen. Die transnationalen Wirtschaftsverbände müßten dafür neben der Lobbyarbeit alten Stils in den Hinterzimmern auch die Arbeit im Netzwerk erlernen und die liberale Flagge offensiver zeigen. Unter den NGOs müßten die Reformer in die Konsensbildung eingebunden und die Blockierer in die Ecke gedrängt werden. Der NGO-Schwarm müßte wieder in seine bunten Bestandteile aufgelöst werden. Wenn der aktiv summende Fliegenschwarm von den wilden Stechmücken separiert werden könnte, würden die Chancen einer neuen Handelsrunde steigen. Solange das nicht gelingt, hat eine neue Runde wenig Erfolgsaussichten, den bewährten gemäßigt liberalen Kurs weiter zu steuern. Die Regierungen der Mitgliedsstaaten können es allein nicht mehr richten. Eine Stagnations- oder gar Regressionsphase der WTO wäre die Folge.

Beispiel IWF

Die altlinke und die wirtschaftsnationalistische Ablehnung des IWF bis hin zur Abschaffungsforderung sind bekannte feste Größen und brauchen deshalb hier nicht ausgeführt zu werden. Zu fragen bleibt, ob neue NGOs über den alten einfachen Ablehnungskurs hinausgehen und sich mit Reformideen positiv beteiligen oder nur eine Neuauflage der früher vor allem kommunistisch inspirierten Ablehnungsfront darstellen. Erstmals Randale der radikalen Grüppchen unter den NGOs bei einer IWF Tagung gab es im Herbst 2000 in Prag. Der IWF reagierte, vorgewarnt durch die Ereignisse von Seattle bei der WTO-Konferenz und inspiriert vom NGO-Schmusekurs der Weltbank, nach außen hin aufgeschlossen für NGOs. Der neue deutsche Chef Horst Köhler gab sich bewusst NGO-freundlich und der einst so informationscheue IWF bot sogar Seminare für NGOs an.¹⁵

Beispiel Weltbank

NGOs spielen im Governancenetzwerk der Weltbank eine wachsende Rolle. Ihre Funktion ist so vielfältig wie die bunte Truppe der NGOs. Sie wirken zum einen als Kooperateure, weil sie selbst als Entwicklungshelfer agieren.¹⁶ Sie treten als kritische Beobachter der Weltbank auf. Fundamentalistische NGOs fungieren als selbsternannte Ankläger. Für die Weltbank haben die beiden ersten Funktionen durchaus Bedeutung. NGOs werden mittlerweile wenigstens zum Teil in der Weltbank als echte Kooperateure angesehen und nicht mehr nur als Plagegeis-

¹⁵ Anti-capitalist protests, in: *The Economist* 23.09.2000, S. 97 ff.

¹⁶ 1998 sollen NGOs ca. 10 Mrd. US-\$ Entwicklungshilfe geleistet haben, rund die Hälfte der Mittel stammte von öffentlichen Händen, Weltbank, Weltentwicklungsbericht 2000/2001, S. 2000

ter. Die Weltbank hat dem Rechnung getragen und pflegt die Verbindung mit NGOs durch eine eigene Abteilung und agiert als Informationslieferant für NGOs.¹⁷

¹⁷ Die Homepage der Weltbank und ihr Berichtswesen informieren zunehmend über die NGOs, hier sind nur zwei Beispiele <http://wbln0018.worldbank.org/essd/essd.nsf/NGOs/home> und [http://wbln0018.worldbank.org/essd/essd.nsf/d3f59aa3a570f67a852567cf00695688/ce6b105aaa19360f85256966006c74e3? Open Document](http://wbln0018.worldbank.org/essd/essd.nsf/d3f59aa3a570f67a852567cf00695688/ce6b105aaa19360f85256966006c74e3?OpenDocument) am 6.2.2001